

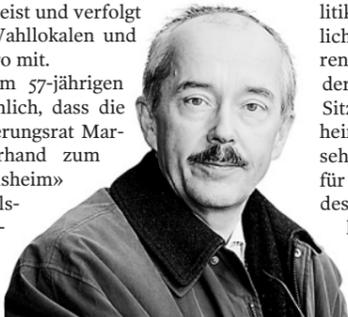
FRIEDRICH PUKELSHEIM, STATISTIKER UND VATER DES NEUEN WAHLSYSTEMS IN ZÜRICH

Ein Mathematiker macht Politik

Von Edgar Schuler

Für Friedrich Pukelsheim ist der Wahltag morgen eher noch aufregender als für die Politiker, die in Zürich gewählt werden wollen. Der deutsche Mathematikprofessor hat die Methode ausgetüftelt, nach der die Wählerstimmen auf die Parteien und Kandidaten verteilt werden. In Zürich muss sich das System nun zum ersten Mal in der Praxis bewähren. Pukelsheim ist dafür aus Augsburg angereist und verfolgt die Wahl in den Wahllokalen und im Auswertungsbüro mit.

Dabei ist es dem 57-jährigen Professor eher peinlich, dass die Methode von Regierungsrat Markus Notter kurzerhand zum «doppelten Pukelsheim» erklärt wurde. Pukelsheim zieht die wissenschaftliche Be-



zeichnung «doppelt-proportionale Divisormethode mit Standardrundung» vor. Vor allem weil das Verfahren nicht von ihm erfunden worden sei, sondern in Paris vom Mathematikerkollegen Michel Balinski. Pukelsheim hat die Methode zusammen mit Christian Schuhmacher von der Justizdirektion für Zürich adaptiert.

Zwar weist Pukelsheim die vollstämmliche Verwendung seines Namens bescheiden zurück. Aber an der Volksnähe des Verfahrens liegt dem verschmitzten Mathematiker trotzdem: Die Zuteilung der Parlamentssitze auf Parteien und Politiker soll so offen und nachvollziehbar wie möglich sein. Sobald die Schlüsselzahlen, die Divisoren, vom Computer berechnet werden, kann «jeder Stimmbürger mit Bleistift und Papier» die Sitzzuteilung selber nachrechnen, sagt Pukelsheim. Dass dem tatsächlich so ist, zeigte ein Versehen, das ihm selber unterlief: In einem Artikel für die NZZ kam Pukelsheim bei der Anwendung des Systems auf falsche Zahlen. Gemeinderat Niklaus Scherr von der Alternativen Liste rechnete selber nach und entdeckte den Fehler.

Dabei hat sich Pukelsheim in seiner Laufbahn zuerst mit Qualitätskontrollen in der Industrie beschäftigt. Dafür verwendete er statistische Methoden. Und auch in der Wahlarithmetik, mit der er sich jetzt hauptsächlich beschäftigt, geht es um Qualität: In Demokratien misst sie sich ja unter anderem daran, wie genau der Wille aller Wähler in die Zusammensetzung des Parlaments einfließt und wie wenig Verzerrungen dabei vorkommen. Das will auch das Bundesgericht, das von Zürich die Anpassungen des Wahlrechts verlangt hatte. «Wirklich jede Stimme soll zählen», sagt Pukelsheim. Und um diese Erfolgswertgleichheit zu erreichen, können die mathematischen Methoden herangezogen werden, mit denen sich Pukelsheim beschäftigt. «Das ist der vermittelnde Beitrag der Mathematik», sagt Pukelsheim. Die Spielregeln, die das Wahlrecht der Politik vorgibt, sollen mathematisch fundiert sein.

Dass Pukelsheim sich in die Niederungen einer Gemeinderatswahl begibt, ist nicht zufällig. «Es ging mir in der Lehre und Forschung immer darum, möglichst mit echten Zahlen zu arbeiten

und nicht nur mit künstlichen Beispielen.» Das ist auch der Grund, warum er etwa im Solothurner Staatsarchiv nach Wahlprotokollen aus dem 18. Jahrhundert geforscht hat. Oder warum der Statistikprofessor an der Entdeckung einer Handschrift im Vatikan beteiligt war und sich so auch unter Mittelalterforschern einen Namen gemacht hat. In dem Manuskript ging es um das Verfahren bei der Wahl des deutschen Kaisers.

Hinter dem Interesse an der reinen Statistik steckt bei Pukelsheim also durchaus das Interesse an Geschichte, Recht und Politik. Und er ist stolz, jetzt in Zürich erstmals konkret etwas beitragen zu können. Andere Kantone und Staaten kommen dazu: Der Aargau will sein Wahlgesetz gemäss Pukelsheim anpassen. Und morgen ist er nicht der einzige Ausländer, der die Wahl in Zürich mit besonderem Interesse verfolgt. Ein Professor aus Kopenhagen will das Verfahren für die Färöer adaptieren. Der «doppelte Pukelsheim» wird sich also weiter verbreiten. Auch wenn das dem Namensgeber selber nicht ganz geheuer ist.

BILD DER WOCHE

Über die Schulter

Suchen Sie die farbigen Punkte auf dem Plan:

Signalrot. Daneben gelbe Markierungen auf bestimmten Plätzen. Und in der Mitte – man muss genau hinsehen – der Laufsteg. Das Bild von Richard Drew hält die Arbeit an der Sitzordnung für eine Gala auf der New Yorker Fashion Week fest, die diese Woche eröffnet worden ist. Denn die Mode kann ja noch so spektakulär daherkommen, sie braucht die richtigen Zuschauer, und die müssen am richtigen Ort sitzen. Eine Geografie des Glamour also: In der Mitte links die Fotografentribüne, kann man auf dem Plan lesen, gegenüber die Techniker, in der vorderen Ecke der Sponsor.

Aber gar nicht so einfach, der Frau über die Schulter zu schauen. Was tut sie genau – Änderungen in letzter Minute? «Lagerfeld will seinen Pudel mitnehmen, reservier ihm einen zweiten Sitz und setz den Klatschkolumnisten in die fünfte Reihe!»

Der Comiczeichner Charles M. Schultz hat seinen Helden Charlie Brown in einer Bildergeschichte einmal laut sinnieren las-

sen, drei Dinge könne man endlos lange anschauen: fließendes Wasser, brennendes Feuer und arbeitende Leute. Die Fotografie, das Medium des stillgestellten Augenblicks, funktioniert am besten mit Letzteren. Seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert sind die Fotografen fasziniert von den Körpern und Gesichtern fleissiger Dienstmägde, Bauern und Fabrikarbeiter, und daran hat sich bis zu den eindrucksvollen Bild-Ikonen der Globalisierung aus Brasilien oder China von heute wenig geändert. Wir knipsen gerne fremde Leute beim Schaffen.

Deswegen zeigt das Bild nicht nur die sonst unsichtbaren Vorbereitungen der Modegala hinter all den Scheinwerfern, Models und Berühmtheiten. Sondern noch etwas anderes: die Würde einer Person, die in ihre Arbeit versunken ist. Sie sieht nämlich irgendwie ziemlich gut aus, die Spezialistin – schlicht in Pullover und dunklen Hosen, und sie hat ein Funkgerät. Das ist auf grossen Veranstaltungen ein ernsthaftes Zeichen sachlicher Autorität. Deswegen sowieso sexy. Ich bin nicht zum Spass hier, honey, sagt es. Und nicht wegen der Prominenten. Ich arbeite.

Valentin Groebner

Der Autor ist Professor für Geschichte an der Universität Luzern.

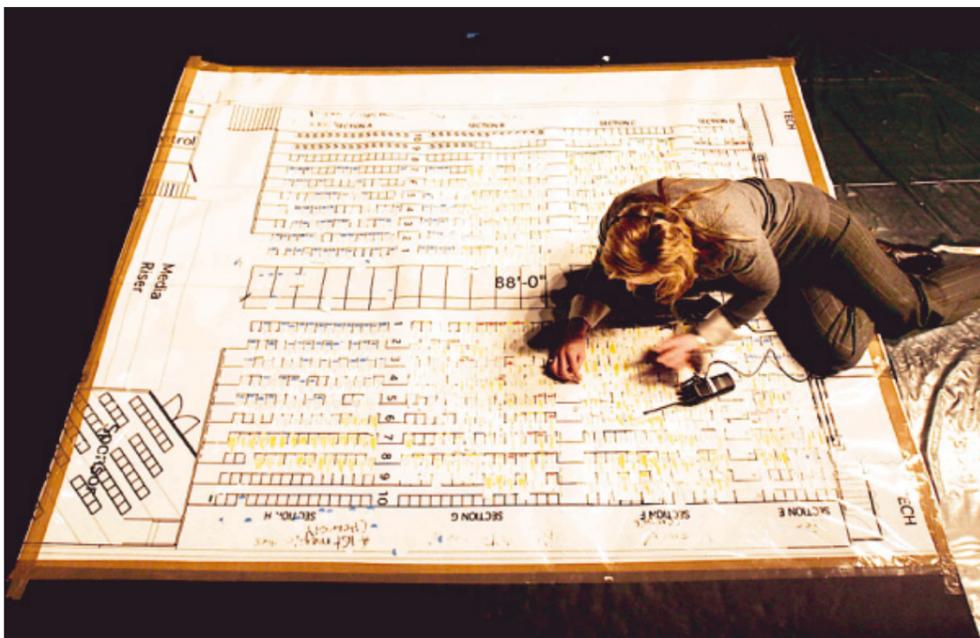


BILD RICHARD DREW/AP/KEYSTONE

WIE SOLL MIT DEM RADIKALEN ISLAM UMGEGANGEN WERDEN?

Das islamische Demokratieparadox

Von Álvaro de Vasconcelos*

Die Wut in der arabischen Welt über die vor Monaten veröffentlichten Karikaturen in Dänemark (siehe Chronologie auf der «Hintergrund»-Seite), auf denen der Prophet Mohammed dargestellt ist, zusammen mit dem Sieg der Hamas in Palästina und der zunehmenden Radikalisierung der Politik des Iran hat den politischen Islam zu einer grundlegenden Frage der internationalen Diplomatie gemacht. Doch eine einfache Antwort passt hier nicht. Man muss in der Tat die Vorstellung aufgeben, dass es eine ganzheitliche oder globale islamistische Bewegung gibt.

Der politische Islam jeder Couleur ist als Hauptalternative zu den weltlichen arabischen nationalistischen Regimes aufgekommen. Die Legitimität dieser Regimes, die auf dem Kampf für die nationale Befreiung beruht, verflüchtigte sich auf Grund ihrer Unfähigkeit, wirtschaftliche und soziale Probleme zu lösen, Rechtsstaatlichkeit herzustellen und Grundfreiheiten zu garantieren. In Palästina triumphierten die Islamisten beispielsweise über die Fatah auf Grund der jahrelangen schlechten Führung unter den harten Bedingungen, die durch die israelische Besatzung hervorgebracht wurden.

Im Schutze der Moschee

Europäische und amerikanische Regierungen teilen eine atavistische Angst vor der «islamischen Alternative» zu den weltlichen arabischen Nationalisten und haben daher den Status quo verteidigt. Doch bedeutete die Unterdrückung aller arabischen Oppositionsbewegungen durch die Autokraten der Region, dass «der Schutz der Moschee» zum einzigen Rahmen für politisches Engagement wurde.

Jetzt ist der politische Islam nicht mehr zu bändigen, da Demokratie nicht aufgebaut werden

kann, indem Parteien, die starken gesellschaftlichen Rückhalt geniessen, in den Untergrund gedrängt werden, wie dies vor 15 Jahren auf tragische Weise in Algerien geschah. Die einzige Alternative zum Autoritarismus ist, einen Übergang zu finden, der es den Islamisten ermöglicht, am öffentlichen Leben teilzuhaben, und sie dazu ermutigt, die Regeln des demokratischen Spiels unmissverständlich anzuerkennen.

Es gibt bereits Beispiele für mehr oder weniger konservative islamistische Parteien, die bereit sind mitzuspielen. Es ist kein Zufall, dass Islamisten in den gesetzgebenden Körperschaften aller Länder vertreten sind, die eine Form von politischer Reform erleben, zum Beispiel im Libanon, wo die Hizbollah Teil einer frei gewählten Regierung ist, ebenso in Jordanien und Marokko.

In Ägypten ist die Muslimbruderschaft trotz der Einschränkungen, die für die Teilnahme von islamistischen Gruppen bei den Wahlen im letzten Jahr auferlegt wurden, zu einer starken Kraft im Parlament geworden. Im Irak haben freie Wahlen den enormen Einfluss islamistischer Strömungen aufgedeckt. In der Türkei hat der Übergang zur Demokratie die islamistische Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei an die Macht befördert. Ihre Regierung hat verschiedene wichtige demokratische Reformen unternommen und Beitrittsverhandlungen mit der EU aufgenommen. Diese islamistischen Parteien haben nichts mit al-Qaida zu tun, obwohl einige der konservativsten unter ihnen ähnliche ideologische Positionen einnehmen.

Das Risiko, dass politischer Wandel unter Umständen zum Sieg islamistischer Parteien führt, ist ein demokratisches Paradox, das Europa und die USA akzeptieren müssen, wenn sie eine Reformpolitik gestalten wollen, die die Men-

schen einbezieht – eine Politik, die das genaue Gegenteil von der Art demokratischer Auferlegung ist, die im Irak praktiziert wird. In der Tat war eine der ungünstigeren Folgen der Intervention, dass die Vorstellung eines «Zusammenpralls der Kulturen» zwischen dem Westen und dem Islam verstärkt wurde, was wiederum dazu beiträgt, ein Klima zu schaffen, das islamistische Bewegungen begünstigt.

Schliesslich entstanden politische Reformbewegungen in der muslimischen Welt lange vor dem von den USA angeführten «Krieg gegen den Terror», und die Reformen warteten nicht darauf, dass die EU stärker wurde, um Veränderungen zu fordern. Diese Bewegungen wurden nicht nach dem 11. September 2001 in den USA oder Europa gegründet, und sie werden nicht warten, bis die USA oder die EU handeln. Trotzdem ist es gut möglich, dass der Erfolg der gemässigten Muslime davon abhängt, wie die EU und die USA auf den Druck nach Reformen reagieren und wie sie Veränderungen fördern.

Jetzt muss gezeigt werden, dass Demokratie der beste Weg für die Palästinenser ist, ihre nationalen Ziele zu erreichen. Dies hängt weitgehend von der neuen Hamas-Regierung und ihrer Umgestaltung in eine demokratische Kraft ab, die Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und internationales Recht respektiert. Doch kommt es auch auf Israel und die internationale Gemeinschaft an, die alles in ihrer Macht Stehende tun müssen, um einen zukünftigen palästinensischen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt zu gewährleisten.

Die palästinensische Demokratisierung zu unterstützen, bedeutet nicht, dass die internationale Gemeinschaft nicht von der Hamas verlangen sollte, den Terror ein für alle Mal aufzuge-

ben, sich zu entwaffnen, die palästinensische Verfassung zu respektieren und die Existenz des Staates Israel zu akzeptieren. Doch bedeutet es auch nicht, Sanktionen zu unterstützen, die dem palästinensischen Volk schaden würden, nachdem es seinen Willen demokratisch ausgedrückt hat. Dies wäre ein furchtbarer Fehler in dem Bemühen, die neue palästinensische Demokratie zu festigen, mit negativer Wirkung auf andere Reformländer in der arabischen Welt.

Kampf gegen Totalitarismus

Entsprechend bedeutet die Anerkennung des Rechts gewaltloser Islamisten, am öffentlichen Leben teilzunehmen, nicht, dass der politische und ideologische Kampf gegen die ultrakonservativen und in einigen Fällen totalitären Gesellschaftskonzepte aufgegeben wird. Rassismus zu bekämpfen, Toleranz zu fördern und die religiösen Gefühle anderer zu respektieren, heisst nicht, die Pressefreiheit in Frage zu stellen oder die Forderungen der Islamisten nach Zensur akzeptieren zu müssen, selbst wenn religiöse Gefühle beleidigt wurden wie im Fall der dänischen Karikaturen. Islamistische Gesellschaftskonzepte, die gegen die Rechte von Einzelnen verstossen, müssen politisch zurückgewiesen werden.

Diese politische Herausforderung ist eines der Paradoxe der Demokratie, das es allen Ideen ermöglicht, frei gegeneinander anzutreten. Der politische Islam ist ein Risiko, doch können wir es nur minimieren, indem wir intelligente, auf den Einzelfall abgestimmte Strategien entwerfen, die Demokratie fördern und nicht, indem wir die Ergebnisse einer demokratischen Wahl verurteilen.

* Der Autor ist Leiter des portugiesischen Instituts für strategische und internationale Studien. Aus dem Englischen von Anke Püttmann.

Copyright: Project Syndicate, 2006.

Interview mit dem Ägyptologen Assmann, Seite 53